

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Die „Pille danach“ rezeptfrei machen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck für die Aufhebung der Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ mit dem Arzneistoff Levonorgestrel einzusetzen, so wie es der Sachverständigenrat für Verschreibungspflicht als Beratungsgremium des Bundesministeriums für Gesundheit empfiehlt.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2014 zu berichten.

Begründung:

Schon lange wird in Deutschland die Freigabe der „Pille danach“ mit dem Arzneistoff Levonorgestrel gefordert. Das Arzneimittel verzögert den Eisprung und ist in fast allen europäischen Ländern rezeptfrei erhältlich, um einen niedrigschwelligen Zugang zur Verhinderung ungewollter Schwangerschaften in Notfallsituationen zu ermöglichen. In Deutschland ist es nur auf Rezept erhältlich. Die Verschreibungspflicht führt jedoch dazu, dass viel Zeit verstreichen kann, bis die Betroffenen das Rezept in einer gynäkologischen Praxis bzw. in einer Krankenhausambulanz oder durch den ärztlichen Notdienst erhalten können. Doch nur die rechtzeitige Einnahme kann helfen, ungewollte Schwangerschaften bzw. Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern.

Es gibt keinen medizinisch nachvollziehbaren Grund für die Beibehaltung der Rezeptpflicht. Durch die Apothekenpflicht bleibt die erforderliche Beratung durch kompetentes Fachpersonal gewährleistet. Die Erfahrungen der Länder, die die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ seit vielen Jahren ermöglicht haben, sind durchweg positiv. Wesentliche medizinische Risiken

sind nicht bekannt, auch hat sich nicht bestätigt, dass dadurch ein sorgloserer Umgang mit Verhütungsmitteln die Folge sein würde.

Aus frauenpolitischer Sicht ist die freie Verfügbarkeit der „Pille danach“ ein wichtiges Instrument der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung, ein Anspruch, der 1994 auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo festgeschrieben wurde. Dazu muss sich auch das Land Berlin bekennen und aktiv werden.

Berlin, den 20. Februar 2014

U. Wolf Dr. Albers Sommer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke